



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/K/287 - 13.12.1955

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 039 890

Hinweise
auf den Inhalt:

Zu den Angriffen auf den Personalgutachterausschuss	S. 1
Die Zukunft Labours	S. 3
Pankow und der Viermächte-Status Berlins	S. 5
Johns Rückkehr	S. 7

Von der Kanzler-Demokratie zur Kanzler-Armee ?

Von Fritz Erl er, K.d.B.

Der Personalgutachterausschuss hat einige Entscheidungen gefällt, die der Bundesregierung offensichtlich unangenehm sind. Aus diesem Grunde sieht er sich heftigen Angriffen gegenüber. Eine der Regierungsparteien will ihn ganz abschaffen; von anderen Seiten wird Druck ausgeübt, seine Geschäftsordnung zu ändern. Der Bundeskanzler erörtert die Frage mit dem Bundespräsidenten und zieht auf diese Weise das Staatsoberhaupt ohne Not in diese Auseinandersetzung hinein. Die Opposition, die schliesslich das Gesetz, auf dem der Ausschuss beruht, mitgeschaffen und seiner Zusammensetzung zugestimmt hat, von deren Vertrauen zu den Entscheidungen des Ausschusses die Wirksamkeit seiner Arbeit mit abhängt, ist wieder einmal von den Absichten des Bundeskanzlers nicht in Kenntnis gesetzt.

Dem Ausschuss ist die Aufgabe gestellt, die Bewerber um Offiziersstellen von Obersten aufwärts sorgfältig zu prüfen und Richtlinien für die Annahme der anderen Bewerber auszuarbeiten. Seine Arbeit soll dem Volk die Sorge abnehmen, dass unsere Jugend Männern in die Hände gegeben wird, zu denen wir vielleicht kein volles Vertrauen haben. Nur die Zusammensetzung dieses Ausschusses bürgt auch dafür, dass die von ihm Ausgewählten vor überflüssigen Angriffen, welche die künftige Arbeit erschweren, geschützt werden.

Also ist ein strenger Maßstab nötig. Der Ausschuss hilft damit dem Minister bei der Personalpolitik. Ohne ihn würden alle Entscheidungen nur von der Bürokratie, vielleicht gar von der militärischen allein, vorbereitet. Wenn diese Bürokratie die gleichen Entscheidungen gefällt hätte wie jetzt der Personalgutachterausschuss, hätte sich niemand aufgeregt. Weder der Bundesgrenzschutz noch irgendeine Behörde oder ein Unternehmen teilen, nachdem sie unter den Bewerbern ihre Auswahl getroffen haben, den Abgelehnten die Gründe ihrer Ablehnung mit. Keine dieser Stellen geht auch so weit, die Auskunftspersonen, die man zur Gewinnung eines zusammenfassenden Charakterbildes in Anspruch genommen hat, bekannt-

zugeben und damit in gerichtliche Auseinandersetzungen hineinzuziehen. Nirgendwo werden Personalfragen in dieser Weise öffentlich behandelt.

Der Ausschuss ist eben kein Gericht. Er verschafft sich ein Bild von der gesamten persönlichen und charakterlichen Eignung des Bewerbers und entscheidet, ob er ihn für geeignet hält oder nicht. Dazu ist es keinesfalls erforderlich, dass gegen einen Bewerber ganz konkrete Vorwürfe erhoben werden. Er kann trotzdem weniger geeignet sein als andere.

Dass es in bestimmten Fällen, zumal wenn ein Bewerber bereits im Ministerium als Angestellter Dienst tut, zweckmässig ist, etwa gegen ihn sprechende Tatsachen mit ihm zu erörtern, steht auf einem anderen Blatt. Das dürfte der Ausschuss ohnehin tun. Dass es auch möglich sein muss, Irrtümer zu korrigieren, indem das Ministerium versucht, ein neues Bild der Eignung des Betreffenden zu zeichnen und den Ausschuss zu einer Überprüfung zu veranlassen, wird durch das Gesetz nicht ausgeschlossen.

Die Entscheidungen sind keine Berufsverbote. Es können doch ohnehin nicht alle früheren Berufssoldaten wiederverwendet werden. Ein Teil wird eben Soldat, ein anderer nicht. Die Streitkräfte sind ein neuer Anfang und nicht die Versorgung der alten Armee.

Auch die Angehörigen des Ministeriums müssen überprüft werden, wenn sie Offiziere werden sollen. Das Gesetz schreibt das vor. Es besteht kein Anlass, das zu ändern. Der Minister hat wiederholt versichert, dass im Ministerium keine vollendeten Tatsachen geschaffen seien. Niemand habe eine Zusage auf eine Verwendung als Offizier. Jeder wüsste, dass erst der Personalgutachterausschuss zu sprechen hätte. Zu diesen Erklärungen muss der Minister stehen, wenn er sich nicht selbst Lügen strafen will.

Dem Ausschuss gehören 37 angesehene Persönlichkeiten an, die Vertrauen weit über den Kreis des öffentlichen Lebens hinaus geniessen, dem sie entstammen. Man kann ihm bestimmt nicht den Vorwurf einseitiger Parteilichkeit machen. Eine Reihe ehemaliger Offiziere bis zum General hinauf gehört dem Ausschuss an. Auch die Sachkunde ist also genügend vertreten. Umso mehr haben wir Anlass, die Entscheidungen dieses Ausschusses sehr ernst zu nehmen.

Wer sich ihnen zu entziehen sucht, gibt damit kund, dass er nur von seinesgleichen beurteilt werden will. Gerade das ist ein Zeichen der alten Vorstellungen vom Staat im Staat, die sich nicht wieder durchsetzen dürfen. Die Auswahl der künftigen Offiziere hat vom Interesse der gesamten Gemeinschaft auszugehen. Inhalt, Form und Personal der künftigen Streitkräfte dürfen nicht durch den Druck der interessierten Militäre bestimmt werden. Sie dürfen aber auch nicht bestimmt werden durch die einsamen Entschlüsse des Bundeskanzlers. Es muß klargemacht werden, dass das Parlament in diesen Fragen das entscheidende Wort spricht und zu seinen eigenen Gesetzen und den von ihm geschaffenen Institutionen steht.

Labour unter neuer Führung

F.S. London

Nachdem die Tochter Lloyd George's die liberale Partei ihres Vaters verlassen hatte und im April dieses Jahres der Arbeiterpartei beitrug, schrieb ihr Attlee: "Die Labour Party hat immer die Verbundenheit mit den Kämpfern der Vergangenheit gefühlt, die für Freiheit, Demokratie und soziale Gerechtigkeit eintraten." Dieser Satz kennzeichnet die lange politische Laufbahn des zurückgetretenen Führers der Labour Party und ihrer Parlamentsfraktion.

1923 wurde Attlee zum ersten Male ins Unterhaus gewählt. Zu dieser Zeit hatte sich Labour wohl schon vom sozialen Liberalismus gelöst und sich für die sozialistische Demokratie entschieden. Niemals aber hat sich Attlee aus seiner Verwurzelung mit dem Liberalismus zu lösen vermocht, mit dem auch der Durchschnitts-Engländer heute noch verbunden ist. Wenn Attlee nach seinem Rücktritt die Auszeichnung der Königin annahm und nunmehr mit einem Adelstitel ins House of Lords einzieht, kann verhilft er sicher nicht unabsichtlich dieser jahrhundertalten Institution, die während der viktorianischen Epoche ihren Höhepunkt erreichte, zu einer Bedeutung, die innerhalb Labours zum mindesten umstritten ist.

Es ist, innerparteilich gesehen, nunmehr fast gleichgültig, wer nominell die Führung der Partei übernimmt. Im Vordergrund der politischen und ökonomischen Planung werden für die nächste Zeit immer zwei Männer stehen: Hugh Gaitskell, der frühere Schatzkanzler, und Aneurin Bevan, der ehemalige Gesundheitsminister. Gaitskell genießt das Vertrauen der Gewerkschaften, hinter Bevan steht die Mehrheit der Parteigenossenschaft. Attlee aber war ^{un}umstritten das Gleichgewicht bildende Idol beider Gruppen und die einzige Persönlichkeit der Labourführung, die auch ausserhalb Grossbritanniens Vertrauen genoss. "In seinem eigenen Lande," schreibt die konservative "Times", können weder die Krone, noch das Parlament und die Partei jemals seine Verdienste vergessen". Gaitskell und Bevan sind nicht in der Lage, die gleiche Position einzunehmen. Es wird lange Zeit dauern, bis selbst Gaitskell

die nationale und internationale Anerkennung, wie sie Attlee entgegengebracht wurde, findet.

Vor wenigen Monaten hat sich die kritische Wählerschaft für die Konservativen entschieden. Zum Wahlresultat trug weniger die Krise in der Labour Party als ihre Richtung zu einem für englische Verhältnisse ebenso radikalen wie "oldfashioned" Sozialismus bei, den die Gewerkschaften ablehnen. Auf dem letzten Kongress beschloss Labour, sich ein neues Programm und ein modernes Organisationsgefüge zu geben. Durch die Publizität, die Attlee erhielt, ist fast übersehen worden, dass mit der Leitung des Organisations-Komitees Harold Wilson beauftragt wurde, der zur Gefolgschaft Bevans gehört. Zweifellos kann sich sein Einfluss versöhnlich auswirken, solange die Partei Bevans Politik toleriert. Vertritt sie aber seine Richtung auf programmatischem Gebiet, wird sie auf den Widerstand derjenigen Teile der britischen Wählerschaft stossen, die der Labour Party zwar nicht angehören, aber mit ihr sympathisieren. Durch die Abkehr dieser Wähler würde Labour auch die nächsten Wahlen verlieren.

Attlee brachte zum Ausdruck, dass Labour nicht länger unter der Leitung von Politikern stehen soll, die dem viktorianischen Zeitalter angehören. Er hat der Partei den letzten und grossen Dienst erwiesen, erst in einem Augenblick zurückzutreten, in dem sich die seit Jahren bestehenden Auseinandersetzungen am wenigsten fühlbar machen. Unter seiner Leitung war Labour immer eine Partei, die die verschiedensten Richtungen in sich vereinigen, wenn auch nicht vereinen konnte. Die Führung der Partei hat eine gute Chance, wenn es ihr gelingt, die widerstrebenden Kräfte durch ein Programm zu sammeln, das eigene Gesetze für eine neue Ära der sozialen und industriellen Entwicklung in den Vordergrund stellt. Die Forschungsinstitute der Industrie und Wirtschaft werden mit ihren Patentlösungen sehr bald Schiffbruch erleiden. Dann wird für Labour der Zeitpunkt gekommen sein, der britischen Bevölkerung erneut die Vertrauensfrage zu stellen.

Verschämte Rückzieher in Ostberlin?

EZ - Berlin

Obwohl bisher eine sowjetische Antwort auf die Protestnote der westlichen Botschafter wegen der Erklärung des sowjetischen Generals Dibrowa noch nicht erfolgt ist, aus der man eine sowjetische Absicht zur Annullierung des Viermächte-Status von Berlin entnehmen konnte, liegen seit dem Wochenende Anzeichen dafür vor, dass Parkow gezwungen ist, die von der SED-Presse und der kommunistischen Rundfunk angefachte Propagandawelle abzustoppen. Diese taktischen Rückzieher werden nicht offen zugegeben, sondern nur indirekt angedeutet.

Als am Sonnabendmorgen das Presseamt der Zonenregierung in einer offiziellen Verlautbarung die Mitteilung machte, dass die Übernahme der bisher von den sowjetischen Truppen ausgeübten Funktionen an den Grenzen der DDR abgeschlossen sei und mit Wirkung vom 1. Dezember die "Deutsche Grenzpolizei" allein diese Überwachung der DDR-Grenzen und am Aussenring von Grossberlin ausübe, wurde ausdrücklich vermerkt, dass an der Grenze zwischen Ostberlin und den Westsektoren nicht diese "Grenzpolizei", sondern die "Volkspolizei" als Überwachungsorgan funktioniere. Diese Ausnahmebehandlung der mitten durch Berlin gehenden Linie zeigt zusammen mit einer weiteren Bestimmung, dass die Sowjetregierung offenbar trotz der Erklärung ihres Berliner Vertreters Dibrowa am Viermächte-Charakter der Stadt Berlin festhalten will. Es heisst nämlich, die Übergabe der Kontrollbefugnisse an die "Grenzpolizei" wie überhaupt an die Zonenorgane erfolgt "unter Beachtung der besonderen Bestimmungen des Übereinkommens über die Kontrolle des Verkehrs von Truppenpersonal und Gütern der in Westberlin stationierten Garnisonen Frankreichs, Englands und der USA". Das heisst konkret: die Kontrolle aller Transporte der Westmächte sowie des Personenverkehrs über diese "Grenzen" wird nach wie vor entsprechend den interalliierten Vereinbarungen durch sowjetrussische Organe durchgeführt.

Kann man in diesen eindeutigen Bestimmungen ein Anzeichen für die sowjetische Bereitschaft erblicken, an dem Viermächte-Status Berlins

festzuhalten, und einen deutlichen Wink an die SED, ihre im Zeichen der Dibrowsa-Erklärung geführte Propaganda-Kampagne abzubrechen? Bereits am Vortage dieser entlichen Verlautbarung hatte das Zentralorgan der LDP, der "Morgen", dieses Rückzugsgefecht angedeutet. Es warf den "Westberliner Frontstadtpolitikern" vor, sie hätten in der letzten Zeit in der Hoffnung gelebt, neue östliche Abschürmassnahmen gegen Westberlin, etwa in Form einer neuen "Blockade", würden ihnen die Möglichkeit zu einer Verschärfung ihres Aggressionskurses gegen Ulbrichts "Arbeiter- und Bauernmacht" geben. Mit der Feststellung dieser Ostberliner Zeitung: "Diese von den Frontstadtpolitikern geforderte Blockade findet nicht statt", will man gewissermassen einen neuen Sieg Pankows über die angeblich auch so dunklen Pläne der "Kriegshetzer in Westberlin" feiern.

Dass sich manche vom ZK der SED ausgearbeiteten Pläne zur Zeit nicht durchführen lassen, scheint sich auch auf dem Gebiet der Kirchenpolitik anzudeuten. Vor wenigen Tagen hatte sich der Hauptvorstand der CDU versammelt und zu dieser Besprechung auch einige Pfarrer eingeladen, deren Ansicht man über die geplante organisatorische Abtrennung der evangelischen Kirche in der Zone von der Organisation der Evangelischen Kirche in der Bundesrepublik hören wollte. Was die Mitglieder des CDU-Vorstandes, vor allem Muschke und der ebenfalls anwesende Vertreter der Evangelischen Kirche bei der Zonenregierung, Probst Grüber, über die Lage und Stimmung der sowjetzonalen Kirchengemeinden zu hören bekamen, liess es ihnen offensichtlich zweckmässig erscheinen, die Ostberliner Regierung und die SED vor einem solchen Schritt im gegenwärtigen Zeitpunkt zu warnen. In einem solchen Sinne wurde wenigstens das Resultat der Besprechungen von der obersten CDU-Spitze zusammengefasst.

Pankows Bäume wachsen nicht in den Himmel, dafür sorgen nicht nur die politischen und diplomatischen Interessen des grossen Bruders, der Sowjetunion, sondern, wie es sich auch auf dem Gebiet der Kirche zeigt, die tatsächlichen Gegebenheiten in der Zone, die weitgehend vom Widerstand gegen die SED-Pläne bestimmt sind.

Jeden Kurswert verloren

A.E. Der Untersuchungsausschuss des Bundestages, der den Fall des früheren Präsidenten des Verfassungsschutzamtes, Otto John, zu behandeln hat, kann nun erleichtert aufatmen. Es hatte sich für ihn im Laufe der Zeit als unmöglich erwiesen, über das schon Bekannte hinaus Licht auf die Gründe zu werfen, die John bewogen hatten, den Weg nach Osterreich zu nehmen. Dieser Schwierigkeit ist der Ausschuss nun enthoben, denn Otto John ist unter kaum weniger merkwürdigen, um nicht zu sagen dramatischen Umständen, wieder in die Bundesrepublik zurückgekehrt, aus der er am 20. Juli 1954 in die Sowjetzone übergetreten war. Jetzt steht er als Hauptzeuge selbst zur Verfügung.

John begründete seinen Schritt damals mit dem Anwachsen der restaurativen Kräfte in der Bundesrepublik, mit dem vermehrten Einfluss von ehemaligen Nationalsozialisten in hohen Regierungsstellen und mit der Unmöglichkeit, auf dem Boden der Bundesrepublik wirksam für die Wiedervereinigung Deutschlands eintreten zu können. Wenn dies die Gründe für seinen Übertritt waren, so haben die knapp anderthalb Jahre seines Aufenthaltes in der Zone ihn offenbar gründlich davon überzeugt, dass man von jenseits der Elbe schon gar nicht für die Sache der deutschen Wiedervereinigung im demokratischen Sinne wirken kann. Die Sowjetzone hat mit dieser neuen Entscheidung Johns, zurückzukehren, ihr Paradeferd in der Propaganda gegen die Bundesrepublik verloren, um das es in der letzten Zeit ohnehin sehr still geworden war.

Das Ermittlungsverfahren gegen Otto John läuft automatisch weiter. Es erhält nach seiner Rückkehr neue Aspekte, die die Klärung des ganzen Falles nur erheblich erleichtern und fördern können. Eines ist freilich gewiss: In dem Propagandakrieg und in der innerdeutschen Auseinandersetzung hat der ehemalige Präsident des Verfassungsschutzamtes Otto John als Anwalt des Ostens gegen den Westen und umgekehrt als Fürsprecher des Westens gegen den Osten jeden Kurswert verloren.

+ + +

Berichtigung

"Bedrängnis des Westens". In 5. Abs. 3. Zeile unseres gestrigen Artikels unterlief uns ein Versehen. Es muss heißen:

... "im Gegenteil sind die Vereinigten Staaten, die ausgesprochen antikolonialistisch eingestellt waren....."

Verantwortlich: Peter Raunau